

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Der Euro – eine dauerhaft stabile Währung für Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ist der wichtigste Meilenstein im europäischen Einigungsprozeß seit der Gründung der Montanunion im Jahr 1951 und seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957. Der Euro stärkt die EU als Friedens- und Freiheitsordnung und schließt die Teilnehmerstaaten noch enger zusammen. Er wird die weitere Vertiefung der politischen Union verstärken. Der Euro eröffnet zugleich die große Chance für neue wirtschaftliche Dynamik, für dauerhaftes Wachstum und dringend benötigte zukunftssichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert.
2. Bereits im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion ist Europa zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammengewachsen: Die Preissteigerungsraten und Zinsen in den Mitgliedstaaten liegen auf historischen Tiefstständen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- die einvernehmliche Entscheidung der Staats- und Regierungschefs, den Euro zum 1. Januar 1999 in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien einzuführen;
- daß mit der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt, der hervorragenden Führung der EZB, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Erklärung der Wirtschafts- und Finanzminister vom 1. Mai 1998 zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Konvergenz und den notwendigen Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung alle Voraussetzungen für einen dauerhaft stabilen Euro geschaffen worden sind.

Bonn, den 6. Mai 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

